



Presseinformation

Für einen umfassenden Gewaltschutz braucht es gesetzlich und finanziell abgesicherte Opferschutzeinrichtungen, aber keine halbherzigen Schnellschüsse!

21.01.2019. Das Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen und der AÖF – Verein Autonome österreichische Frauenhäuser sind zwar erfreut, dass das Thema Gewalt an Frauen nun auch in der Regierung angekommen ist, aber auch erstaunt über das „neue“ Maßnahmenpaket. Dabei werden zum einen Maßnahmen in Aussicht gestellt, die in der Realität bereits seit Jahren existieren (Frauenhelpline gegen Gewalt und Frauenberatungsstellen in allen Bundesländern) und zum anderen werden Maßnahmen, die die Expertinnen für Gewaltschutz seit Jahrzehnten fordern und die in letzter Zeit als „ineffizient“ gestrichen oder zumindest finanziell stark gekürzt wurden, nun plötzlich als neue Ideen präsentiert.

„Wir hätten uns hier Einbeziehung dieser Maßnahmen gewünscht, und zudem wäre das auch von einem wirtschaftlichen Standpunkt her sinnvoller als zu versuchen, das Rad wieder einmal neu zu erfinden“, sind sich die Expertinnen der Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser einig.

Die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen weisen seit Jahrzehnten auf das Sicherheitsrisiko „häusliche Gewalt“ für Frauen hin. *„Schlimm ist, dass viele Frauen ihr Leben verlieren müssen, damit wieder Bewegung in den Gewaltschutz kommt“,* so Maria Rösslhumer, die langjährige Geschäftsführerin des AÖF – Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser und Leiterin der Frauenhelpline.

Gewalt an Frauen kann in jeder Familie vorkommen

Gewalt an Frauen ist nicht neu in Österreich, sie ist ein globales Problem, daher ist sie auch kein importiertes Problem. Sie ist auch ein autochthones Problem.

Die Erfahrungen der Frauenhäuser und der Frauen- und Mädchenberatungsstellen zeigen, dass häusliche Gewalt an Frauen in Beziehungen und Familien unabhängig von ökonomischen Status, Bildung, Kultur und Religion vorkommt.

Gewalt an Frauen hat es schon immer gegeben und es ist höchste Zeit, dieses Sicherheitsrisiko für Frauen ernst zu nehmen und konkrete gemeinsam mit den Gewaltschutzeinrichtungen erarbeitete Maßnahmen zu setzen.

Das flächendeckende Netzwerk der Frauen- und Mädcheneinrichtungen

Der GREVIO-Bericht empfiehlt den flächendeckenden Ausbau von Beratungsstellen für Frauen und Mädchen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind.

„Wir unterstützen diese Forderung, dass Frauen und Mädchen in allen Regionen wissen müssen, wohin sie sich wenden können, wenn sie von sexualisierter Gewalt betroffen sind.“

Daher ist es uns wichtig zu betonen, dass das flächendeckende Angebot der Frauen- und Mädchenberatungsstellen seit ihrem Bestehen auch Frauen und Mädchen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, beraten und begleiten. Daher ist die Einbindung der Expertise der über 60 Frauen- und Mädcheneinrichtungen, die Mitglieder im Netzwerk der österreichischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen sind, bei der Erarbeitung von Maßnahmen den Gewaltschutz betreffend von immenser Bedeutung, damit es nicht zu doppelgleisigen Strukturen kommt. Wir Frauen- und Mädchenberatungsstellen stehen für ganzheitliche, niederschwellige und professionelle Beratung von Frauen und Mädchen“, so Elisabeth Cinatl, eine der Vorstandsvorsitzenden des Netzwerks.

Die Frauen- und Mädchenberatungsstellen beraten und begleiten teilweise seit über drei Jahrzehnten Frauen und Mädchen in schwierigen Lebenssituationen.

„Zwischen 50 und 60% der Klientinnen kommen aufgrund von erlebter Gewalt in die Frauenberatungsstellen und finden hier Unterstützung, um sich ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben aufzubauen“, so Cinatl weiter. „Es ist unverständlich, dass dieses Expertinnenwissen bisher kaum in die Ausarbeitung und Entwicklung von politischen Maßnahmen eingeflossen ist. Meist verschwinden unsere Verbesserungsvorschläge, für die es zusätzliche finanzielle Mittel brauchen würde, in der Schublade“.

Die kostenlose Frauenhelpline 0800 222 555

Irritiert zeigt sich auch Rösslhuber: *„Die kostenlose und rund um die Uhr erreichbare **Frauenhelpline 0800 222 555** existiert seit über 20 Jahren. Sie unterstützt auch bei akuten Gewaltsituationen. Es geht daher nicht darum eine weitere bzw. dreistellige Notrufnummer zu schaffen, sondern diese bereits etablierte Notrufnummer mittels Kampagnen noch öffentlicher zu machen“,* so Rösslhuber. Auch in Deutschland weist das nationale Frauenhilfetelefon gegen Gewalt an Frauen auf eine kostenlose Nummer hin: 08000 116 016, siehe auch <https://www.hilfetelefon.de>.

Rösslhuber begrüßt die Maßnahme der bundesländerübergreifenden Aufnahme sowie den Ausbau von Übergangswohnungen, die Frauen nach einem Frauenhausaufenthalt zur Verfügung stehen – alles Maßnahmen, die die Vertreterinnen der Frauenhäuser seit Jahren fordern.

Die vorhandene Expertise nutzen und neues Geld zur Verfügung stellen

„Für den Erhalt und den Ausbau von Gewaltschutz-Maßnahmen und dem damit verbundenen klaren Bekenntnis zur Sicherheit von Frauen, muss die Regierung zusätzliches Geld in die Hand nehmen“, sind sich die beiden Expertinnen einig. Wichtige und effiziente Maßnahmen sind u.a. der rasche und wirksame Ausbau der Täterarbeit sowie die ausreichende finanzielle Absicherung der bestehenden Frauen- und Mädcheneinrichtungen.

Der Ausbau der Täterarbeit darf aber nicht vom Budget aus dem Frauenressort abgezogen werden. Dafür benötigt es andere Finanzierungen, zum Beispiel durch das Sozialministerium oder durch das Innenministerium.

Rückfragehinweis:

AÖF – Verein Autonome österreichische Frauenhäuser – Maria Rösslhuber

Tel.: 01 / 544 08 20 22 oder 0664 793 07 89

maria.roesslhuber@aoef.at

www.aoef.at

Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen – Elisabeth Cinatl

Tel.: 0676 42 565 77

www.netzwerk-frauenberatung.at